

04.06.2024

Antrag

der Fraktion der SPD

NRW braucht bei der energetischen Stadtsanierung mehr Landesinitiative statt Sonntagsreden - Das „Innovation City Roll-out“ braucht deutlich mehr Tempo!

I. Ausgangslage

Das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung vom 26. April 2024 schreibt ehrgeizige Klimaziele für Deutschland vor. Sie folgen den klimaschutzpolitischen Entscheidungen der Europäischen Ebene, an deren Zustandekommen Deutschland beteiligt ist. Ziel ist die Treibhausgasneutralität bis 2045. Bereits bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 sinken. Von der Zielvorgabe ist neben der Energiewirtschaft, der Industrie, dem Verkehrssektor und der Landwirtschaft auch der Gebäudebereich betroffen.

Um diese Herkulesaufgabe erfolgreich bewältigen zu können, bedarf es des entschlossenen Zusammenwirkens aller staatlichen Ebenen. Konsistentes Vorgehen und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als Akteure der Wärmewende sind dabei unverzichtbar, um die Wirksamkeit des Maßnahmenpakets und die Bezahlbarkeit für die Menschen gewährleisten zu können. Für eine landesseitige Umsetzung der Klimaschutzvorgaben hat die Landesregierung seit geraumer Zeit eine Novelle des Landesklimagesetzes, wie auch ein Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung, angekündigt. Beide Gesetzentwürfe liegen jedoch nicht vor.

Einen integrierten Ansatz, der von großer Akzeptanz getragen ist, stellt das Modell Innovation City Bottrop dar, das über die Stadt Bottrop hinaus Bekanntheit erlangte. Binnen zehn Jahren wurden dort 36 Prozent des Gebäudebestands energetisch modernisiert – auf Augenhöhe mit den Eigentümerinnen und Eigentümern. Diese hatten nach aufsuchender und begleitender Energieberatung in insgesamt 3.200 Haushalten stets die Hoheit des Verfahrens inne und entschieden, welche Sanierungsmaßnahmen sie mit wie viel Geld anstoßen wollten. Ziel war nicht ein starrer Effizienzstandard, sondern das je nach Zustand des Hauses und wirtschaftlicher Situation der Eigentümer ermittelte Optimum aus Investitionssumme und Effizienzgewinn.

Auch Maßnahmen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien gehörten zum Portfolio. In der Folge erreichte Bottrop die höchste Dach-PV-Dichte in Nordrhein-Westfalen pro Einwohner. So konnten in Bottrop etwa 50 Prozent der CO₂-Emissionen in 10 Jahren eingespart werden. Die Sanierungsquote wurde von einem Prozent pro Jahr auf knapp drei Prozent gesteigert. 2,7 Millionen Euro Modernisierungsförderung lösten Gesamtinvestitionen von mehr als 20 Millionen Euro aus. Diesem Erfolgsmodell eifern seither weitere Städte nach.

Insofern kommt es jetzt umso mehr darauf an, dieses integrative Erfolgsmodell als Roll Out landesweit zu fördern. Die SPD-Fraktion fordert seit vielen Jahren ein – von der vorherigen

Datum des Originals: 04.06.2024/Ausgegeben: 04.06.2024

wie von der amtierenden Landesregierung – dieses Erfolgskonzept systematisch in Nordrhein-Westfalen voranzutreiben.

Die im März 2022 vorgestellte Potenzialstudie, die die SPD-Fraktion mit Blick auf einen landesweiten Roll Out Innovation Cities NRW beim Ruhr-Forschungsinstitut für Innovation und Strukturpolitik e. V. (RUFIS) und bei IW Consult in Auftrag gegeben hatte, brachte deutliche positive Kennzahlen hervor: ein landesweiter Roll Out würde Investitionen in erheblichem Ausmaß auslösen sowie Arbeitsplätze sichern und zusätzlich schaffen. Die Emissionen des Gebäudesektors könnten spürbar gesenkt werden.

II. Der Landtag stellt fest:

- Aufgrund der Neufassung des Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene muss sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalens kurzfristig zur Umsetzung dieser Aufgabe Positionieren.
- Die von der Landesregierung angekündigte Novelle des Klimaschutzgesetzes NRW sowie ein ebenfalls angekündigtes Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung stehen immer noch aus.
- Die Entscheidung über die Erreichung der Klimaschutzziele für den Wohnsektor fällt im Bestand.
- Alle Maßnahmen zur erforderlichen Transformation des Wohngebäudebestandes können nur dann in ausreichendem Maße wirksam sein, wenn diese angesichts der so unterschiedlichen Wohnverhältnisse auch über technische Alternativen praktisch wie zeitlich und sozial gerecht erfüllbar sind.
- Dabei dürfen Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Mieterinnen und Mieter nicht wirtschaftlich überfordert werden. Sie müssen, als Akteurinnen und Akteure einer sozialen, weil bezahlbaren Wärme- und Energiewende, einbezogen werden.
- Die gegenwärtigen Initiativen der Landesregierung sind hinsichtlich der Erreichung der Klimaschutzziele im Gebäudebestand völlig unzureichend.
- Die Landesregierung muss zeitnah einen Klimamasterplan vorlegen, der für den Bereich des Wohngebäudesektors das Konzept der Innovation City aufgreift und landesweit mit deutlich mehr Initiative und Tempo umsetzt als bisher.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- zur landesweiten Beschleunigung einer sozialen Wärme- und Energiewende zeitnah einen Klimamasterplan vorzulegen, der für den Bereich des Wohngebäudesektors das Konzept der Innovation City aufgreift und landesweit mit deutlich mehr Initiative und Tempo umsetzt als bisher
- nordrhein-westfälische Kommunen der gleichen Größenordnungen miteinander zu vernetzen, um einen Best Practice Austausch hinsichtlich der kommunal aufsuchenden Beratung und finanziellen Unterstützung der Familien bei der energetischen Modernisierung ihrer Wohngebäude zu verstetigen
- im Rahmen der Novelle des Klimaschutzgesetzes sowie des in Planung befindlichen Landesgesetzes zur kommunalen Wärmeplanung klare Leitlinien zur energetischen Modernisierung des Gebäudebestands zu fassen und Kommunen zur Identifikation einzelner Modellquartiere für die Roll Out Innovation Cities NRW innerhalb einer Halbjahresfrist anzuhalten

- das bestehende Programm „Prima. Klima. Ruhrmetropole“ auf das ganze Land auszuweiten („Prima. Klima. NRW“) und finanziell deutlich stärker auszustatten
- die Richtlinien der öffentlichen Wohnraumförderung in NRW für den Bereich der energetischen Modernisierung von Wohnraum zu überarbeiten und mit dieser Initiative wirksam zu verzahnen
- eine Stabsstelle zur Umsetzung des Roll Outs bei der Landesregierung einzurichten
- dem Parlament jährlich einen umfassenden Bericht zur Umsetzung des Roll Outs vorzulegen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
André Stinka
Sarah Philipp
Alexander Vogt
Sebastian Watermeier

und Fraktion